

„Follow the science“: Warum Wissenskonflikte politisch sind

Helene Sorgner, 16.02.2022

Text:

Ich möchte mich heute in diesem Impulsvortrag mit einem Thema beschäftigen, das uns allen aus den letzten beiden Jahren, aber nicht nur aus diesen, sehr vertraut ist, nämlich die Präsenz und die Rolle wissenschaftlichen Wissens in gesellschaftlichen und politischen Debatten. Was wir hier laut vielen Beobachter*innen sehen, ist einerseits eine Begründung politischer Maßnahmen als die Umsetzung wissenschaftlicher Evidenz und Expertise, und andererseits eine zunehmende Skepsis gegenüber den Maßnahmen einerseits und den Begründungen andererseits, die sich teilweise als Generalverdacht gegenüber den sichtbaren Vertreter*innen der Wissenschaft und ihrer Institutionen und teilweise in einer Ablehnung der etablierten Wissenschaften überhaupt äußert.

Am anderen Ende des Spektrums stehen politische Bewegungen gerade unter jüngeren Menschen, die sich unter anderem mit dem exemplarischen Slogan „follow the science“ für eine viel stärker evidenzbasierte Politik einsetzen, die die Empfehlungen von Wissenschaftler*innen zur Bekämpfung vor allem der Klimakrise und der Corona-Pandemie ernst nehmen und sich an Fakten anstatt an partikularen politischen oder ökonomischen Interessen orientieren soll. In den USA wurde dieser Slogan auch von der Biden-Administration aufgegriffen, um zu signalisieren, dass man sich im Gegensatz zur erratischen Politik Donald Trumps bei der Bekämpfung der Pandemie an den Ratschlägen wissenschaftlicher Expertinnen und Experten orientieren wird. Angesichts der Tatsache, dass es in beiden Krisen große Einigkeit über die Datenlage gibt und die Wissenschaft auch Empfehlungen zur Bekämpfung des Virus einerseits und der globalen Erwärmung andererseits geben kann – also die Durchimpfung möglichst der gesamten Bevölkerung und die Reduktion von Treibhausgasen - deren Wirksamkeit innerhalb der Forschung wenig umstritten ist, scheint ein Plädoyer für eine wissenschaftlichere Politik nur vernünftig. Die Wissenschaft, mit ihren etablierten Methoden und Mechanismen der Selbstregulierung, bietet uns das beste verfügbare Wissen und sollte damit zur Begründung unserer Entscheidungen herangezogen werden.

So weit, so gut. Aber warum rufen politische Maßnahmen, die diesen eigentlich sehr vernünftigen Grundsatz – folge der Wissenschaft - beherzigen und als die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse präsentiert werden, dann so erbitterten Widerstand hervor? Ich denke, dass dies unterschiedliche Gründe hat, die einerseits in der wissenschaftlichen Praxis

selbst, andererseits aber auch in der Natur der Auseinandersetzungen liegen. Als Wissenschaftssoziologin habe ich natürlich große Sympathien für die Forderungen nach mehr Respekt und größerem Gewicht für wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse, gleichzeitig beschäftige ich mich sozusagen beruflich mit der Vielfalt und den Widersprüchen innerhalb der wissenschaftlichen Wissensproduktion, und stehe Versuchen der Vereinnahmung und Vereinfachung dieser hochkomplexen Praxis zur Durchsetzung politischer Standpunkte eher kritisch gegenüber.

Ich möchte deshalb im Folgenden kurz untersuchen, warum der Slogan „Follow the Science“ zu mitunter zu kurz gegriffen und zur Lösung gesellschaftspolitischer Debatten ein schlechter Ratgeber ist, und warum uns das aber nicht davon abhalten sollte, in politischen Debatten auf wissenschaftliches Wissen zurückzugreifen; vorausgesetzt, wir sind bereit, diesen Rückgriff auch politisch zu rechtfertigen. Bei der Problematisierung werde ich drei Einwände diskutieren, einen wissenschaftsphilosophischen, einen soziologischen und einen politischen, und mich in einem kurzen Schlussplädoyer für einen stärker politisch motivierten Zugang zu Konflikten aussprechen, in denen unterschiedliche Wissensansprüche in Stellung gebracht werden.

Warum ist „Follow the Science“ ein problematischer Ratgeber?

Seit es die modernen Naturwissenschaften gibt, gibt es auch die Warnung davor, unser Leben nur an wissenschaftlichen Erkenntnissen auszurichten. Eines der Impulsthemen für die heurigen Landeswettbewerbe der Philosophieolympiade ist ein Zitat von Lou Andreas-Salomé, das diese Warnung folgendermaßen ausdrückt:

„Die Wissenschaft führt an der Wirklichkeit des Lebens, mit all seinen Farben, all seiner Fülle, seiner widerspruchsvollen Mannigfaltigkeit, völlig vorbei, – sie erhascht von alledem nur eine ganz blasse, dünne Silhouette. Je reiner, je strenger und sicherer ihre Erkenntnismethoden sind, desto bewusster und größer dann auch ihr Verzicht auf das volle, das wirkliche Erfassen selbst des kleinsten Lebensstückchens.“

Die Stoßrichtung von Lou Salomés Kritik ist, dass eine rein an den Wissenschaften orientierte Weltsicht unseren Blick auf die Wirklichkeit drastisch einschränken würde, denn die Wissenschaften bearbeiten stets nur einen sehr kleinen, klar definierten und kontrollierten Ausschnitt der Wirklichkeit – je genauer und präziser ihre Methoden sind, umso kleiner wird

dieser Ausschnitt, umso weniger zugänglich ist er für unsere sinnliche Wahrnehmung. Man denke dabei an die zeitgenössische Teilchenphysik, die mit unglaublicher Präzision Vorgänge im subatomaren Bereich untersuchen kann – Vorgänge, die, auch wenn Sie unsere Existenz bedingen, von unserer Lebenswelt unendlich weit entfernt und mit den heuristischen Methoden unseres Alltagsverstandes nicht erfassbar sind. Rein rechnerisch gesehen, gibt vermutlich keine empirisch so gut bestätigte Theorie wie das Standardmodell der Teilchenphysik, dennoch ist diese Theorie lückenhaft und kann für unsere sinnliche Wahrnehmung äußerst relevante Phänomene wie das Ungleichgewicht zwischen Materie und Antimaterie – also die berühmte Frage, „warum gibt es überhaupt etwas und nicht nichts?“ - oder die Gravitationskraft nicht beschreiben. Umgekehrt müssen Wissenschaften wie die Psychologie, die Medizin oder auch die Umweltwissenschaften mit rein statistisch viel schlechter abgesicherten Resultaten und Theorien regelmäßig Vorhersagen treffen, die für unser Alltagsleben viel weitreichender sind. Überspitzt könnte man also sagen: Je besser und genauer die Wissenschaft funktioniert, umso weniger hat sie mit unserem Leben zu tun und umso weniger lassen sich ihre Aussagen und Erkenntnisse auf unsere Alltags- und Gesellschaftsprobleme anwenden.

Von dieser lebensphilosophischen Kritik einmal abgesehen, schlagen sich Philosoph*innen auch schon die längste Zeit mit der Frage herum, worin denn nun das „Wissenschaftliche“ eigentlich besteht, was also die Wissenschaft als Erkenntnisform und das Wissen, das sie erzeugt, ausmacht und von anderen Erkenntnisformen unterscheidet. Selbst wenn wir uns dabei nur auf die Naturwissenschaften, also all jene Praktiken der Erkenntnisproduktion, die im Englischen unter dem Begriff „science“ zusammengefasst werden, beschränken, fällt es uns doch schwer, eine Methode oder ein Kriterium zu finden, das alle diese Praktiken gemeinsam haben und das sie gleichzeitig von anderen eindeutig unterscheidet. Die vermutlich bekannteste Kandidatin, nämlich Poppers These, dass wissenschaftliche Theorien sich von nicht-wissenschaftlichen unterscheiden, weil sie empirisch falsifizierbare Voraussagen machen, scheitert unter anderem daran, dass dieses Kriterium von einer Vielzahl von Theorien erfüllt werden kann – denn auch äußerst abstruse Vorhersagen sind empirisch falsifizierbar. Umgekehrt werden in der wissenschaftlichen Praxis selten ganze Theorien verworfen, weil eine einzelne Vorhersage nicht eintritt, und das wäre auch nicht besonders ökonomisch. Außerdem gibt es sehr erfolgreiche wissenschaftliche Theorien, wie etwa die Theorie der natürlichen Selektion, die überhaupt keine Vorhersagen treffen, aber dafür empirisch sehr gut bestätigt sind. So ähnlich verhält es sich mit der Suche nach DER wissenschaftlichen Methode. „Science“ oder „die Wissenschaft“ in der Einzahl gibt es also nicht, und der Versuch, die

unterschiedlichen Wissenschaften auf eine gemeinsame Methode zu reduzieren, würde der Kreativität und dem Einfallsreichtum wissenschaftlicher Praxis auch gar nicht gerecht.

Mittlerweile ist man in der Wissenschaftsphilosophie deshalb davon abgekommen, ein oder mehrere notwendige und hinreichende Kriterien für Wissenschaftlichkeit festlegen zu wollen. Stattdessen beschäftigen sich Philosoph*innen etwa mit der Frage, was eine Aussage oder eine Person glaubwürdiger macht als eine andere, oder ob pseudowissenschaftliche Lehren oder solche, die absichtlich Zweifel und Ignoranz verbreiten, etwas gemeinsam haben. Dass wir die Wissenschaft aber nicht auf einen Nenner bringen können, heißt aber natürlich nicht, dass wissenschaftlich gewonnenen Wissen nicht eine besondere Autorität oder Verlässlichkeit zukommen sollte; es heißt eben nur, dass diese Autorität und Verlässlichkeit nicht in einer oder mehreren klar definierten Eigenschaften begründet liegt.

Natürlich handelt es sich bei einem Slogan wie „follow the science“ auch um eine Verkürzung, die eine viel differenziertere Forderung nach einer wissenschaftlich fundierten Politik auf den Punkt bringt. Aber selbst wenn wir davon ausgehen, dass „the science“ sich als Abkürzung auf die Gesamtheit wissenschaftlicher Praktiken und Erkenntnisse in all ihrer Vielfalt und Widersprüchlichkeit bezieht, so geben diese doch in den wenigsten Fällen eine Handlungsanweisung, die sich in konkrete politische Maßnahmen umsetzen ließe. Hier muss also eine Übersetzung vorgenommen werden zwischen den – meist vorläufigen und im besten Fall eben das beste verfügbare Wissen abbildenden – Resultaten wissenschaftlicher Untersuchungen und den Verhaltensweisen oder Interventionen, die gemäß dieser Erkenntnisse ein gewünschtes Ziel am ehesten verwirklichen können. Aber wie steht es um die Formulierung dieser Ziele? Das bringt mich zur zweiten Schwierigkeit mit der Forderung, der Wissenschaft zu folgen:

Konflikte, in denen es um die Zukunft unseres Planeten oder um die Organisation unseres Zusammenlebens und der gemeinsamen Bewältigung ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Krisen geht, sind *politische* Konflikte, in denen unterschiedliche Ideologien, Interessen und Werte und darauf basierend eben unterschiedliche Interpretationen vorhandenen Wissens mitverhandelt werden. Das heißt, die Ziele, die durch politische Maßnahmen und individuelles Verhalten erreicht werden sollen, müssen in politischen Auseinandersetzungen definiert werden, denn letztlich geht es in den Debatten um die Bewältigung der Klima- und

der Coronakrise um Visionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und Ideen dessen, auf welchen Werten dieses Zusammenleben basieren sollte.

Mein Kollege Alexander Bogner (auch ein Wissenschaftssoziologe, an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) spricht in diesem Zusammenhang in seinem Buch „Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet“ von der Epistemokratie, der zunehmenden Verwissenschaftlichung eigentlich politischer Auseinandersetzungen. Bogner vertritt die These, dass die radikal antiwissenschaftlichen Bewegungen unserer Zeit wie sogenannte Coronaleugner*innen oder Klimawandelleugner*innen sich als Reaktion auf diese zunehmende Verwissenschaftlichung der öffentlichen Debatte verstehen lassen können. Denn eine Opposition zu einer auf wissenschaftlicher Expertise begründeten Politik, die aufgrund des Wahrheitsanspruchs der Wissenschaft als „alternativlos“ dargestellt wird, kann letztlich nur noch in der Mobilisierung „alternativer Fakten“ bestehen. Eine Politik, die von Ideologie- und Wertekonflikten abstrahiert und die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen auf die Frage nach dem besseren Wissen reduziert, so Bogner, lädt also diese Art von Fundamentalopposition geradezu ein. Tatsächlich argumentieren ja viele Anhänger*innen dieser demonstrativ wissenschaftsfeindlichen Bewegungen damit, eigentlich selbst die besseren Wissenschaftler*innen zu sein, da sie sich ausschließlich der Suche nach der Wahrheit verpflichtet fühlen und dabei nicht von den Zwängen und Ideologien einer korrupten Elite behindert werden. Mit der Forderung, sich doch einfach an der Wissenschaft zu orientieren, wird man dieser Art von gesellschaftlichem Konflikt also nicht beikommen; im Gegenteil, er entzündet sich gerade daran, dass politische Maßnahmen vor allem mit Verweis auf das bessere Wissen begründet werden und dass damit eigentlich ideologische Konflikte in den Bereich des Epistemischen verschoben werden.

Der dritte Einwand, den ich gegen die Forderung „follow the science“ anführen möchte, klingt zunächst auch ein wenig nach alternativen Fakten: Wissenschaft ist nämlich nicht die einzige Art und Weise, auf die wir zu Wissen kommen, das für unser alltägliches und gesellschaftliches Zusammenleben, aber auch für den Umgang mit unserer Umwelt und den endlichen Ressourcen des Planeten von Bedeutung ist. Würde man die Forderung „follow the science“ so interpretieren, sich ausschließlich an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu orientieren, würde man all jene Wissensformen als irrelevant ausschließen, die auf Überlieferung oder Erfahrung beruhen und im wissenschaftlichen Kanon (noch) nicht repräsentiert sind. Gleichzeitig ist ein großer Teil der Weltbevölkerung aufgrund historischer und struktureller

Benachteiligung nach wie vor von der Teilhabe an der wissenschaftlichen Wissensproduktion ausgeschlossen. Darauf hat insbesondere die feministische und postkoloniale Kritik an den westlich geprägten Wissenschaften hingewiesen. So stellt unser historisch gewachsener Wissensbegriff ein ganz bestimmtes, nämlich cartesianisches Erkenntnissubjekt in den Mittelpunkt, das unabhängig von Körper, Herkunft und individuellen Umständen die Welt gleichsam von überall und nirgendwo sieht. Diese Perspektive fiktiver Objektivität, argumentiert etwa Donna Haraway, entspricht letztlich derjenigen des weißen, wohlhabenden Mannes, der lange Zeit auch der Inbegriff des Wissenschaftlers war. Wo wissenschaftliche Praxis sich dieser epistemischen Ungerechtigkeit nicht bewusst ist und sich auch nicht aktiv um Diversifizierung ihrer Perspektiven bemüht, riskiert sie, einerseits auf wichtige Erkenntnisquellen zu verzichten und andererseits marginalisierte Gruppen vom Erkenntnisprozess auszuschließen; doch es sind oft gerade diese bereits marginalisierten und strukturell benachteiligten Menschen, die von den Auswirkungen der auf wissenschaftlichen Ergebnissen beruhenden politischen Maßnahmen am direktesten betroffen sind.

Was bedeuten diese Überlegungen aber für die Rolle wissenschaftlichen Wissens und wissenschaftlicher Expertise bei der Bewältigung gesellschaftlicher Krisen und Herausforderungen?

Der Soziologe Alexander Bogner spricht sich tendenziell für eine Ent-Wissenschaftlichung der Politik und eine Re-Politisierung politischer Konflikte aus. Er schreibt:

“Das bedeutet natürlich nicht, dass man in politischen Streitfragen auf wissenschaftliche Expertise grundsätzlich verzichten sollte – das wäre Irrsinn. Es geht jedoch um die Einsicht, dass Politik und Wissenschaft voneinander getrennte Sphären sind: So wenig sich wissenschaftliche Wahrheit nach der Mehrheitsmeinung richtet, so wenig ist es Aufgabe der Politik, die Wahrheit zu vollstrecken. In der Politik geht es in erster Linie darum, ein breites Spektrum an Meinungen und Betroffenheiten zu berücksichtigen. Auf diese Weise kommt man in der Politik zu Positionen, die nicht beanspruchen können, wahr zu sein, die jedoch ein gewisses Maß an Gemein Sinn repräsentieren und dadurch mit Zustimmung rechnen können. Mehr geht nicht. Oder anders ausgedrückt: Politisch rationale Entscheidungen lassen sich nicht durch ausschließlichen Rekurs auf wissenschaftliches Wissen garantieren.”

Hier stellt sich allerdings die Frage, ob das Politische und das Epistemische von vornherein so klar zu trennen sind, wie Bogner postuliert. Denn gerade wenn man sich ansieht, wer von welchen Seiten zur Untermauerung der eigenen Position als Experte oder Experte angeführt wird, zeigt sich, dass auch wissenschaftliche Expertise bereits politisiert ist, dass Wissenschaftler*innen selbstverständlich auch politische Haltungen haben und politischen Lagern zuzurechnen sind, und dass die vermeintliche Grenze zwischen Wissenschaft und Politik auch von Seiten der Wissenschaft immer wieder überschritten wurde und wird. Möglicherweise ist die Vorstellung von Politik und Wissenschaft als getrennten Sphären nur als idealisierte Fiktion haltbar, die hin und wieder zur Durchsetzung von Geltungsansprüchen der einen oder anderen Seite angerufen wird, etwa, wenn sich – wie zuletzt in der Frage der Maskenpflicht an Schulen – die Politik über die Empfehlungen der eigenen Expert*innen hinwegsetzt.

Eine andere Möglichkeit, die ich hier ebenfalls zur Debatte stellen möchte, wäre, nicht von einer stärkeren Trennung von Wissenschaft und Politik als Ideal auszugehen, sondern die soziale und politische Verfasstheit wissenschaftlichen Wissens ernst nehmen und Wissenskonflikte sozusagen noch aktiver zu politisieren. Wenn gesellschaftlich relevante Wissenskonflikte eigentlich politische Konflikte sind, wie z.B. Bogner in seinem Essay argumentiert, dann müssen sie auch mit politischen Argumenten und auf Basis politischer und sozialer Werte ausgetragen werden; das heißt, diese Werte und Haltungen müssen explizit gemacht werden. Allerdings sollte diese Explikation nicht vor den Wissensbeständen selbst Halt machen. Wenn Wissenschaft politische Entscheidungen legitimieren soll, dann sollen politische Haltungen auch wissenschaftliche Praktiken und Wissensformen legitimieren – dann sollten etwa Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit und Verträglichkeit, nach der Inklusivität der Forschung und ihrer Durchführung nach ethischen Gesichtspunkten in der Bewertung wissenschaftlicher Ergebnisse eine viel größere Rolle spielen.

In diesem Zusammenhang wurde konstruktivistischen Theoretiker*innen, die die soziale Bedingtheit wissenschaftlicher Praxis in den Vordergrund stellten, oft vorgeworfen, zur Aushöhlung wissenschaftlicher Autorität beigetragen zu haben und dadurch letztendlich wissenschaftsfeindliche Strömungen und Politik zu legitimieren. Ich meine, dass dieser Vorwurf etwas übertrieben ist und auch am Kern der Kritik vorbeigeht. Denn den methodischen Pluralismus, die Unsicherheit und die soziale Verfasstheit der wissenschaftlichen Praktiken zu exponieren und zu diskutieren kann nur dann zur

Delegitimation wissenschaftlichen Wissens führen, wenn wir an einem autoritären Wissensbegriff (und Politikbegriff!) festhalten. Mit einem autoritären Wissensbegriff meine ich die Vorstellung, dass wissenschaftliches Wissen absolut sicher und unangreifbar ist, und dass darauf basierende politische Maßnahmen somit nicht in Frage gestellt werden können. Ein solcher Anspruch ist von Seiten der wissenschaftlichen Praxis niemals einzulösen, er sollte aber in einer demokratischen Gesellschaft auch nicht unser Ziel sein. Gegenüber Strömungen, die einen solchen autoritären Wissens- und Politikbegriff vertreten, wie es Coronaleugner*innen und Klimawandelleugner*innen oft tun, sollte die explizit gemachte Angreifbarkeit und Vorläufigkeit wissenschaftlichen Wissens und damit die Kritikfähigkeit politischen Handelns eigentlich eine Stärke darstellen.

Eine Verteidigung von Wissensansprüchen aufgrund politischer Haltungen und Werte ist auch deshalb wichtig, weil die Anerkennung marginalisierter Wissensformen und Wissensbestände im Anschluss an feministische und postkoloniale Kritik und etwa die Diversifizierung der Wissenschaften ein wichtiges emanzipatorisches Projekt darstellen, das sowohl epistemisch (mit Bezug auf die dadurch erreichte größere Objektivität) als auch politisch (mit Bezug auf epistemische Gerechtigkeit) begründet werden muss. Wem wir glauben wollen (und warum?) ist schlussendlich eine Frage danach, wie wir leben wollen (siehe dazu Flora Löffelmanns Vortrag nächste Woche bei der Wiener Preisverleihung!). Epistemische Gerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit gehen dabei Hand in Hand. Wem wir glauben wollen, hängt aber nicht zuletzt davon ab, welche Fragen wir stellen; für unterschiedliche Fragen kommen unterschiedliche Methoden der Beantwortung in Betracht. Das ist ein weiterer Grund, warum „follow the science“ zu kurz gegriffen ist, warum „wissenschaftliches Wissen“ allein keine Konflikte lösen wird, aber warum wir uns auch darüber Gedanken machen müssen, welche Fragen wir überhaupt stellen. Denn in der Austragung des (politischen) Konflikts, welche Fragen relevant sind und welche Probleme unserer Aufmerksamkeit bedürfen, welches Wissen wir also überhaupt erzeugen wollen, liegt sowohl das Potenzial für epistemische Gerechtigkeit als auch für sozialen Wandel.

Leitfragen für die Diskussion:

Wie lassen sich der Anspruch an eine wissenschaftlich fundierte Politik und der normative Anspruch an eine Trennung der wissenschaftlichen und politischen Sphäre miteinander verbinden?

Würden Sie der These zustimmen, dass die Politik ent-wissenschaftlicht und die Wissenschaft de-politisiert werden muss?

Wie können wir einerseits die Diversität möglicher Wissensformen und Wissensansprüche über das wissenschaftlich produzierte Wissen hinaus (aber auch innerhalb der Wissenschaften) anerkennen und gleichzeitig eine Grenze zwischen den Wissensansprüchen ziehen, die für politisches Handeln relevant sind, und jenen, die es nicht sind?

(Anders formuliert: Wie können wir beispielsweise die Wissensansprüche von Verschwörungserzähler*innen zurückweisen, ohne damit auch jede andere Form von nicht-zertifiziertem, überliefertem, verkörpertem Wissen zurückzuweisen?)